

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

27.5.1919 (No. 123)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. K. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.42 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5.42 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Anzeigengebühr. ...

Amtlicher Teil.

Regelung des Fremdenverkehrs.

\*\* Die unerfreulichen Erscheinungen, die der Fremdenverkehr in den letzten Jahren da und dort mit sich brachte, haben den Wunsch, ihn diesen Sommer ganz auszuscheiden, in besonders eindringlicher Form zum Ausdruck gelangen lassen. ...

Aus diesen Gründen hat das Ministerium des Innern nach eingehender Beratung mit dem landständischen Ernährungsrat den Fremdenverkehr entsprechend den früher erlassenen Verordnungen auch für das laufende Fremdenverkehrsjahr zugelassen. ...

Die Zahl der den einzelnen Kommunalverbänden zugeteilten Übernachtungen und Verpflegungstage gilt auch für das Fremdenverkehrsjahr 1919/20. Die Kommunalverbände werden dafür sorgen, daß die Betriebe die auf sie entfallenden Übernachtungsziffern im wesentlichen während der Hauptzeit ausnützen können; insbesondere sollen Inhaber von Gaststätten, die Kriegsteilnehmer oder Kriegswitwen sind, bei der Unterbringung der Übernachtungen berücksichtigt werden. ...

Die diesjährige Regelung der Obstbewirtschaftung.

\*\* Nachdem die Bekanntmachung über den Verkehr mit Obst im laufenden Jahr nunmehr zur Veröffentlichung gelangt ist (vergl. Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — Nr. 119 vom 22. Mai 1919), ist auf einige wichtigere Bestimmungen und Unterschiede gegenüber der vorjährigen Regelung hier noch besonders aufmerksam gemacht. ...

mäßiger Versorgung der Bevölkerung an die Kommunalverbände und Gemeinden unseres Landes weiter. Der Erwerb und Verkauf des Obstes durch die Aufkäufer und Verläder der Geschäftsstelle erfolgt in diesem Jahre unter Aufsicht der Bezirksobstbauvereine, soweit solche vorhanden sind. ...

Wie im vorigen Jahre werden jedoch bezüglich des bewirtschafteten Obstes einige Ausnahmen von den Abfab- und Verkehrsbeschränkungen zugelassen:

Gestattet ist der Absatz innerhalb der Erzeugergemarkung zur Verwendung im Haushalt durch Ortsangehörige; auch der Erwerb und die Mitnahme kleinerer Mengen als Mundvorrat — in welchem Umfang, wird noch bekannt gegeben werden —, sowie der Verkauf auf Wochenmärkten benachbarter Orte aus Grund eines Zulassungsscheines der Marktgemeinde ist ohne besondere Erlaubnis gestattet. ...

Um die ausreichende und gleichmäßige Versorgung unserer Bevölkerung mit Obst zu gewährleisten, ist eine Bekämpfung des Schleichhandels mit den vom freien Verkehr ausgeschlossenen Obstsorten unbedingt erforderlich und im allgemeinen Interesse gelegen. ...

Verbraucherkammer.

\*\* Im Ministerium des Innern fand dieser Tage eine Besprechung mit Vertretern der beteiligten Interessentenkreise über die Errichtung einer Verbraucherkammer statt. Die Beratungen hatten nicht etwa eine endgültige Beschlußfassung in der Frage der Verbraucherververtretung zum Zweck, sondern lediglich die Aufgabe, Material beizutragen, eine Rechtsgrundlage für die Verbraucherkammer zu schaffen. ...

Der Aufgabenzweck der Kammer soll in der Hauptsache den Schutz der Konsumenteninteressen umfassen, jedoch bei der endgültigen Festlegung möglichst weit umschrieben werden. In der Frage der Mitgliedschaft war man sich darüber einig, daß Einzelpersonen die Mitgliedschaft nicht zu gestanden wird, sondern daß nur Vereine, die sich mit entsprechenden Aufgaben befassen, als Mitglieder aufgenommen werden. ...

Die Regierung wird das Ergebnis der Besprechungen in ihrem Vorentwurf verwerthen, über welchen die Vertreter der Verbrauchereinteressen erneut gehört werden sollen.

(Schluß des amtlichen Teils in der Beilage.)

Vom Tage.

(Über die Stimmung bei unseren Feinden.)

Wir haben in der Zeit vor dem Kriege und während des Krieges immer wieder den Fehler gemacht, daß wir die weltpolitischen Ereignisse und Zusammenhänge nicht objektiv genug betrachteten, und daß wir es zumal unterließen, uns über die wahren Anschauungen und Stimmungen in den anderen Ländern zuverlässig zu unterrichten. ...

Auch heute gilt für uns Deutsche dieselbe Notwendigkeit. Auch heute kommt es für uns darauf an, zu wissen und zu erfahren, welches die wirkliche Geistesverfassung und Stimmung in den uns feindlichen Ländern ist. ...

In englischen Blättern wird jetzt, wie in der französischen Kriegshetze schon vor einigen Wochen, die Drohung laut, man werde für den Fall der Nichtunterzeichnung die wichtigsten deutschen Städte Tag und Nacht mit Bombardierungsgeschwadern heimsuchen. ...

Wie man bei unseren Feinden die Dinge betrachtet, zeigt uns u. a. in schlagendster Weise die Antwort, die Clemenceau auf unsere Note bezüglich der wirtschaftlichen Forderungen erteilt hat. ...

Die deutsche Antwort auf den Friedensvertrag der Entente muß bis zum 29. Mai in den Händen des Präsidenten Clemenceau sein. Graf Brodorski-Rankau hat schon eine Reihe von Noten an den Vorkonferenzen der Friedenskonferenz gerichtet, die die deutsche Auffassung zu verschiedenen Punkten klarlegen. ...

letzte Frist zur Annahme des Vertrags bezeichnen können. Die Deutschen werden bis dann einige Zugeständnisse in Nebenpunkten erreichen, in den Hauptpunkten wird für sie nichts zu machen sein.

Der Chef der deutschen Delegation hat zur Lösung seiner diplomatischen Aufgabe die Taktik eingeschlagen, die allgemein erwartet wurde. Brodorski-Mankau bemüht sich, den Alliierten den Beweis zu leisten, daß ihr Friedensvertrag nicht durchgeführt werden kann. Man verlangt von einem geschwächten Deutschland so viel als nur ein starkes Deutschland leisten könnte. Also: entweder Deutschland hart lassen, ihm die Hände nicht binden, oder dann Deutschland schwächen, aber keine ungeheuren Bezahlungen von ihm erfordern. Brodorski-Mankau hat seine Beweisführung nicht gerade geschickt durchgeführt. Es wäre jedenfalls besser gewesen, wenn er auf den dramatischen Aufpunkt verzichtet hätte. Die Erzählung von den Millionen zum Tode verurteilten Deutschen glaubt ihm kein Mensch. Solche Griffe werden das Mißtrauen der Entente-Staatsmänner, über das sich der Graf so sehr wundert, immer wieder aufs Neue. Brodorski-Mankau erkennt ebenso wie Scheidemann und die meisten deutschen Politiker die Geistesverfassung in der Entente immer noch vollständig. In dem von den „Basler Nachrichten“ veröffentlichten Interview des Grafen sagt dieser, daß Deutschland als gleichberechtigter Genosse in eine organisierte Welt eintreten wolle. Er ahnt jedenfalls nicht, daß man in allen Entente-Staaten seine Forderung höchst unbescheiden finden wird. Für die Entente-Staaten ist Deutschland der Friedensbrecher aus Raubabsichten. Daß der nun, wo der Raubüberfall schließlich mißglückt ist, als gleichberechtigter Genosse in eine organisierte Welt eintreten will, findet man außerordentlich stark. Die deutsche Mentalität habe sich vollständig geändert, sagt der demokratische Graf Mankau. Von Paris aus sieht man bloß, daß eine Regimewechsel stattgefunden hat, wobei das Drahtgierpersonal nicht vollständig ausgetauscht wurde. Die deutschen Klagen über den Friedensvertrag hat man hier ganz natürlich gefunden. Was aber empörte, das ist, daß Scheidemann sich auch jetzt noch nicht entschließen konnte, ein Geändertes der deutschen Schuld abzulegen. Brodorski-Mankau hat in Versailles ein solches Geständnis abgelegt, die Wirkung aber sofort durch gegen andere gerichtete Anlagen wieder aufgehoben. Die Deutschen hätten sich aus den Häuten des Friedensvertrages moralische Vorteile sichern können. Sie haben die Gelegenheit verfehlt. Die doktrinaire Gegnerschaft gewisser Sozialisten können sie nicht als Erfolg buchen. Die deutsche Drohung, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, hat in den Kreisen der Friedenspropaganda keinen Eindruck gemacht. Daß die Deutschen die Drohung wahr machen, ist der innigste Wunsch der Chauvinisten aller Länder. Denn dann ist es um das Deutsche Reich, das der Vertrag trotz den Widerständen bestehen ließ, für sehr lange Zeit geschehen. Dann sichert sich Frankreich mindestens die Rheingrenze, und das riesige wirtschaftliche Mißgeheim Deutschlands wird von den Feindesgefahr ist niemand mehr bange, seitdem alle Welt Gelegenheit gehabt hat zu sehen, wohin diese Wirtschaft führt. Die Gefahr der Reaktion ist in vielen reicheren Ländern größer als die der Proletariats Herrschaft, und es gibt Leute, denen es gar nicht unwillkommen wäre, wenn Deutschland eine Lage herbeiführen würde, die zu einer endgültigen Kraftprobe Anlaß geben könnte.

In den Häuten des Friedensvertrages liegen auch gewisse Vorteile verborgen, die den Deutschen gewiß nicht entgangen sind, wenn sie auch nicht davon sprechen. Wir haben schon auf die Befreiung von den Militärlasten hingewiesen. Die wirtschaftlichen Aussichten sind nur scheinbar trübselig. Die Deutschen haben vorgeschlagen, die von ihnen gestrichelten Gebiete selbst wieder aufzubauen. Das hätte erlaubt, die Kosten selbst zu verdienen und wertvolle wirtschaftliche Beziehungen wieder anzuknüpfen. Darauf wird man nicht eingehen, da andere Lieferanten vorhanden sind. Aber die Entente wird volens volens einem so bedeutenden Schuldner Verdienste schaffen müssen. Das liegt zu sehr in ihrem Interesse, als daß politische Bedenken sie daran hindern könnten. Das geschlagene Deutschland bekommt so eine riesige Kundschaft, eine größere vielleicht, als ein siegreiches Deutschland hätte erzwingen können. Nehmen wir die deutschen Klagen als richtig an, so muß Deutschland zwanzig oder dreißig Jahre Frohndienste leisten. In dieser Zeit aber entwickelt es nicht nur wieder seine alte Industrie, sondern es sichert sich auch Märkte, die ihm nachher nicht wieder verloren gehen werden. Das kapitalistische System ist dann doch zu raffiniert, als daß es den Schuldner verhungern lassen würde. Und es ist aus der Privatwirtschaft bekannt, daß der, der sehr viel Schulden hat, nicht viel weniger Macht besitzt als der Gläubiger. Schlimmsten Falls werden für Deutschland dreißig harte Jahre kommen. Nachher wird aber der Aufschwung sehr rasch kommen. Und wir glauben, daß man mit Deutschland dieselben Überraschungen erleben wird, wie vor einigen Jahrzehnten mit Frankreich.

Was in diesem Artikel der „Basler Nachrichten“ zu lesen ist, ist für uns wahrlich nicht erfreulich und verdient teilweise schärfste Ablehnung. Auch der im Schlußsatz vertretene Meinung, Deutschland werde sich verhältnismäßig schnell erholen, vermögen wir

in keiner Weise beizupflichten. Immerhin halten wir es für nützlich, unseren Lesern einmal zu zeigen, wie sich das Getriebe der Welt vor dem geistigen Auge unserer Feinde darstellt.

## Einiges zum Vertragsentwurf von Versailles.

Von Dr. Joh. Koenigsberger, Abgeordneter.

Von Herrn Universitätsprofessor Dr. Koenigsberger, Mitglied der badischen Nationalversammlung, wird uns dieser Aufsatz zur Veröffentlichung überreicht. Wir drücken ihm um so lieber ab, als wir der Ansicht sind, daß die Frage des Friedensvertrages der gründlichsten Erörterung bedarf, und zwar einer Erörterung, bei der eine jede Auffassung, falls sie mit guten Gründen vorgetragen wird, Anrecht auf unsere Beachtung hat. Dr. Koenigsberger macht in seinen Ausführungen aus seiner Parteigebhörigkeit kein Hehl. Bei seiner Kritik an dem Verhalten der Reichsregierung den reaktionären Offizieren gegenüber übersteigt er die Zwangslage, in der sich die Regierung infolge des parlamentarischen Terrors befand. Bemerkenswert ist noch das eine, daß selbstverständlich dieser öffentliche Meinungsaustrausch die von uns selbst vertretene Auffassung, daß der Friedensvertrag in der vorliegenden Form unannehmbar und unerfüllbar ist, nun und immer erschüttern kann. Red.

Will man möglichst objektiv und nüchtern den vorliegenden Entwurf zum Friedensvertrag und seine Verbesserungsbedürfnisse beurteilen, so beachte man auch die ausländischen feindlichen Stimmen, die sich auf einen weislichen Standpunkt zu erheben suchen. Das tut in England neben der „Nation“ vor allem der „New Statesman“, die Wochenzeitschrift der Rechtssozialdemokratie und der Gesellschaft der „Fabier“, der „Bögerer“. Hier erschien Nov. 1914 der berühmte Aufsatz von Bernhard Shaw „Der gesunde Menschenverstand über den Krieg“. Mit einer erstaunlichen Treffsicherheit und einer offeneren Objektivität, die nur dem Feindler möglich, hat Shaw die Ursachen des Krieges darzulegen und den Ausgang im wesentlichen richtig vorausgesagt. Die Sozialdemokratie, obgleich den britischen Junkern so feind wie den deutschen Junkern und ohne Illusion über das Unzeitgemäße und die furchtbare Lächerlichkeit eines modernen Krieges, braucht es nicht an Eifer fehlen zu lassen für einen Kampf, der ihren Zielen besser dient als denen ihrer politischen Gegner.“ Shaw wies richtig auf die Schließlichkeit des Militarismus hin, auf die fatale und fundamentale Schwäche des militaristischen Glaubensbekenntnisses, das notwendig nur törichte Leute und Streber vorwärts bringen kann, alle Menschen mit eigenem kritischen Urteil über die Lage unterdrückt und sich dadurch schließlich jeden Weg zum Entschleun selbst verbaut.“ Im „New Statesman“ erschien im Dezember 1914 Shaws Schilderung vom „letzten Sprung des alten Löwen“. Da zeigt er klar die wahren Motive für den Krieg, soweit England in Frage kommt, auf. Nicht die bei uns von jeder Zeitung und jedem Redner wiederholte Behauptung vom englischen Handelsneid ist richtig. Ausschlaggebend war der Grundhaß der herrschenden Klassen Englands, daß niemand größer sein darf als England zu Land und keiner so groß wie England zur See.“ Grey, Asquith und Lloyd George werden in das richtige Licht gestellt, in ein ganz anderes als das falsche Blendlicht unserer bürgerlichen Zeitungen. — Im „New Statesman“ sind jetzt über den Frieden — der Vertrag wird meist als Entwurf bezeichnet — und über den Völkerverbund Aufsätze erschienen. Sie geben durch ihre auf die Gegenwart gerichtete realpolitische und dabei doch sozialistische Auffassung eine wertvolle Ergänzung zu dem, was die Zeitungen der marxistischen Sozialdemokratie in den feindlichen Ländern schreiben. Diese sowie die Parteien und Gewerkschaften haben so scharf protestiert, daß man durch wörtliche Zitate einen vielen Seiten langen Entwürfsartikel, zusammenzusetzen kann, der jede deutsche bürgerliche Zeitung zieren würde. Davon sei abgesehen. Doch muß nachdrücklich betont werden, daß die Proteste in den Ententeländern viel schärfer sind als die unserer mehrheitssozialistischen Zeitungen nach den schmählichen Gewaltfrieden von Bukarest und von Brest-Litovsk,

Auch Renaudel, ehemals der Führer der Kriegskreditbewilliger in Frankreich, spricht nach dem Siege Frankreichs, gegen den Gewaltfrieden. Man denke, wie schwer bei uns die gleiche Aufgabe gewesen wäre. Das kann man den Sozialdemokraten der Entente nicht vorwerfen, daß sie es jetzt an Mut oder Tatkraft im Kampf für die Völkerverständigung fehlen lassen. Deshalb ist es zu begreifen, wenn der „New Statesman“ vom 17. Mai sich scharf gegen Scheidemann wendet und sagt:

„Er äußerte keinen wirklichen Einspruch gegen den Frieden von Bukarest. Es ist bei seiner Haltung unmöglich zu zweifeln, daß, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte und versucht hätte, solche oder schlimmere Bedingungen den Alliierten aufzuerlegen, so wäre er der erste gewesen, sie zu verteidigen. Seine Rede an die deutsche Nationalversammlung mit ihrer ausgearbeiteten Berechnung, ihren melodramatischen Phrasen und mit ihrer Miene von beleidigter Rechtlichkeit, läßt die öffentliche Meinung der Alliierten kalt. In der Tat vielmehr: sie beeinflusst sie mehr als irgend etwas anderes, hätte tun können zugunsten der Bedingungen, wie sie jetzt sind. Macht, das hat sich immer wieder und wieder gezeigt, ist das einzige Ding, was ein Scheidemann berührt. Aber auch nicht die Reden von Herrn Scheidemann können vor dem Gewissen Europas diesen Frieden rechtfertigen.“ — „Es ist keine Ehre auch für die Sieger, einen solchen Frieden zu unterzeichnen.“ — „Im Bestreben, alle Früchte des Sieges zu erhaschen, werfen wir sie weg, denn wir suchen für Frieden und in diesem Vertrag ist kein Frieden.“

Die Haltung Scheidemanns werden wir deutsche Sozialdemokraten anders und jedenfalls milder beurteilen. Sie ließ sich taktisch im kaiserlichen Deutschland als nützlich für die deutsche Partei rechtfertigen und als notwendig, um im Fall eines deutschen Sieges, das schlimmste von den Ententevölkern abzuwenden. Doch bei der heutigen Lage, nachdem diese Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, müßten zunächst andere Männer in der äußeren Politik führen und sprechen.

Der „New Statesman“ vom 10. Mai sagt in einem besonderen Aufsatz über den Frieden: „Kögen die Bedingungen auch gerechtfertigt erscheinen, wenn wir die Deutschen nicht veranlassen, ihre moralische Zustimmung so gut wie ihre finanzielle zu geben, so ist unsere Politik fehlerhaft. Die Übereinkunft wird nicht dauerhaft sein, und gerade das wäre schließlich ihre einzige wertvolle Eigenschaft. Was Europa braucht, ist ein gerechter Frieden, nicht nur um der Gerechtigkeit willen, sondern weil Ungerechtigkeit Instabilität bedeutet.“ Der wesentliche Punkt ist, daß der den Deutschen überreichte Vertrag nur zum Teil den Geist der 14 Punkte ausdrückt.“ — Was bedeuten die 14 Punkte Wilsons für den Amerikaner und Engländer? Dieser Krieg für die Völker des Westens, wenn auch nicht für ihre herrschenden Klassen, der Krieg des demokratischen Liberalismus. Für die Ideen von 1776 und 1789 wurde nach dem deutschen Einmarsch in Belgien der Krieg von den Völkern des europäischen Westens und der Vereinigten Staaten geführt, und in dem Namen dieser Ideen von ihnen gewonnen. Die politische rüchthändigkeit, abstrakt-juristische oder halbfeudalen Länder Rußland, Türkei, Österreich, Deutschland, sind nacheinander unterlegen. Der demokratische Liberalismus ist es, der Wilson bei der Aufstellung der 14 Punkte geleitet hat, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksteile als Grundrecht voranstellt. Daß schließlich der Friedensentwurf von Versailles ein anderes Gesicht trägt, als das der Demokratie, war zu erwarten. Hier wie überall hat der aus und mit dem Liberalismus entstandene Kapitalismus sich als das eigentliche Leitmotiv der heute herrschenden Klassen erwiesen; er hat Grundzüge und Menschenrechte der Demokratie mit Füßen getreten. — Wir aber müssen uns fragen: Sollen wir uns dagegen auf die demokratischen Grundzüge, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht berufen? Taktisch ist es vielleicht in der heutigen politischen Lage das Klügste. Aber der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung entspricht es nicht mehr ganz. Wenn an einem Wasserfall Nordspaniens Lappländer seit Alters fischen, oder Sudaneger an einem Nil-Natarakt leben, so wird ihnen gleichwohl von angrenzenden Kulturvölkern nicht die unbefchränkte Verfügung, was auf die Nichtbenützung der so wertvollen Wasserkräfte herauskame, zugestanden werden. Daß Wilson auch in Europa mit dem Selbstbestimmungsrecht keine befriedigende Lösungen erzielt, sehen wir an dem

## Landestheater.

Mit einer gut vorbereiteten Aufführung von Wagners „Tristan und Isolde“ hat unsere Oper ihre Tätigkeit im eigenen Heim wieder aufgenommen, nachdem sie lange Monate hindurch wegen Kohlenmangel eine Unterkunft im städtischen Konzerthaus hatte suchen müssen. Falls die Theaterleitung sich für diesen Abend einen starken Besuch versprochen hatte, so befand sie sich, wie die zahlreichen leeren Sitze zeigten, im Irrtum über die psychische Verfassung unseres großen Publikums. Diese ist leider so, daß ein Theater nur noch bei Operettenvorstellungen mit Sicherheit auf ein ausverkauftes Haus rechnen kann. Muß man die persönliche Ausübung des Fortschritts und ähnlicher Ergründungen in diesen Tagen der Abschachtung Deutschlands schon notgedrungen unterlassen, so will man sich wenigstens am Anblick moderner Tanzkunst ergötzen. Was bedeutet dem gegenüber ein „Tristan“?

Dabei können sich gerade die Karlsruher Tristanaufführungen schon seit langem im allgemeinen, wenigstens in musikalisch-darstellerischer Hinsicht, mit denen jedes Theaters messen. Das seine Einfühlungsvermögen von Fritz Cortolezis bewahrt sich an der Partitur dieses Wunderwerkes immer aufs Neue, und die Mitwirkenden folgen seinem Stab gerade auch hier mit besonderem Verständnis. Unter seiner Führung erstand das orchesterale Tongebilde, das schönste und tiefste, das Wagner schuf, in glühvoller Farbgebung und klarer, durchsichtiger Linienführung vor dem entzückten Ohr. Die Befetzung der Gesangspartien konnte kaum besser sein als bei uns. Frau Palm-Cordes ist eine Isolde von elementarer Kraft und Leidenschaft, mit ihrem hinreißenden Spiel verbindet sich eine in Tongebung, Klangfülle, Technik und Befehlung gleich hervorragende Gesangsleistung. Ihr ebenbürtig war der vornehm-kraftvolle Tristan Herrn Schäp-

fels, dessen schönes Organ sich an diesem Abend von ganz besonderem Wohlklang und hochgeheiter Ausdrucksfähigkeit zeigte. Die Brangäne gab Frä. Brunnich wie gewohnt mit großer Wärme und Schönheit im Ton und mit belebter Darstellung. Auch die übrigen Mitwirkenden, darunter die Herren Wittner als Kurwenal und Giese als König, hatten entsprechenden Anteil an dem vollen Gelingen der Aufführung. E. N.

## „Elektra“ in der Festhalle.

Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt. Diesen Schritt hat die Sophokleische Elektra gestern Abend mit wenig Grazie. Aus der Tragödie wurde ein Grotteske, eine Farce, eine Parodie. Von dem Augenblick an, als ein Herr in Zivil sich vor dem erwartungsvoll harrenden Publikum vorbeugte und ihm verkündete, daß an Stelle der Wiener Tragödin eine solche aus Berlin im letzten Augenblick die Rolle übernommen habe, sie aber mit dem Text in der Hand durchführen würde, in diesem Augenblick war schon aus mit dem Erfolg. Mit einem malitiosen Lächeln, das um die Mundwinkel der Entzauberten spielte, wurde er, noch ungeboren, schon im Keime erstickt. Und nun schienen mit einem Male die Sinne doppelt geschärft und nach einer ganz bestimmten Richtung eingestellt zu sein: nach der Richtung des Lächerlichen. Der armselige Akt, unter dem eine bedauernde Souffleuse ihr gebrühtes Dasein führte, war im Nu aller Heiligkeit bar, der auf mächtigen Säulen ruhende Palast mit einem zu kurz geratenen Vorhang als Portal wirkte beflügelnd, nicht minder der Feuerwehrturm, der zwischen ragenden Vorberühnen interessiert auf die Szene auge, die rollenschnellende Elektra selbst, Teufels mit seinem heiteren Kränzen im spärlichen Haar, Negligé mit dem zu Leder sitzenden Königszepter, sie alle hatten von vornherein ihr Spiel

verloren und kein Mut und kein guter Wille, nicht mal der martertyreren Schrei Mithemathras vermochte das Schium der Lächerlichkeit wieder zu verdrängen.

Und vielleicht war es ganz gut, daß unser gutmütiges Publikum den verlorenen Abend mit so viel Ruhe und Humor hinnahm, sonst hätte es vielleicht ein ungemütliches Staudälchen geseht. Ein starkes Stück war es immerhin, bei den gefolgten Preisen uns Karlsruher — und mögen wir für die Berliner auch nur Provinz sein — eine derartige Minderwertigkeit zugumuten. Hugo Koller.

## Büchertisch.

„Europäische Bibliothek“. Serie 1: Bd. 1-5. (Zürich, Max Rascher Verlag, A. G. — Jeder Band Fr. 2.— (M. 2.50).) Die „Europäische Bibliothek“ bringt kürzere Arbeiten führender Persönlichkeiten aus allen Ländern und zwar Arbeiten von prinzipieller programmatischer Bedeutung. Von Büchern, die im engeren Sinne zur Kriegsliteratur gehören, finden nur solche Aufnahme, deren Verfasser es nicht bei einer Kritik haben bewenden lassen, die nicht in der Polemik heden geblieben sind, sondern ihr Augenmerk auf die bessere Zukunft und den Wiederaufbau Europas gerichtet haben. Es handelt sich um nichts Geringeres, als darum, schon während des Krieges die neue Gemeinschaft führender Geister aller Nationen sichtbar in Erscheinung treten zu lassen, sich zur gemeinsamen Arbeit zusammenzuführen und so den bis in die Kreise der Intellektuellen hinein verheheten oder verzwiefelten Massen den Weg zu weisen, der allein aus der Katastrophe dieser Zeit in eine neue Welt führt. Die uns vorliegende 1. Serie umfaßt folgende Bände: Bd. 1. Henry Barbusse: Das Gallien; Bd. 2. S. G. Wells: Mr. Bristling schreibt bis zum Morgenrauschen; Bd. 3. Anthologie menschlicher Gedichte im Krieg; Bd. 4. Leonid Andrejew, Dinter der Front; Bd. 5. Henry van de Velde: Die drei Sünden wider die Schönheit.

Streik um Fiume, das jetzt internationalisiert werden soll, ein Symbol des Sieges des internationalen Gedankens. Wichtig wird der Bälterbund mit Konstantinopel, mit Danzig, mit dem Suezkanal, mit dem Panamakanal verfahren müssen. Um zu dauerhaften Ergebnissen der Friedensverhandlungen zu kommen, wird man das Selbstbestimmungsrecht gegen die wirtschaftlichen Forderungen abwägen müssen. Für viele wichtige Gebiete wird nur die internationale oder zwischenstaatliche Verwaltung als beste Lösung übrig bleiben. Die Bälter werden hierfür rascher reif sein, als man denkt.

Im Entwurf des Friedensvertrags widerspricht dem Selbstbestimmungsrecht — und das wird von allen sozialistischen und vielen linksdemokratischen Zeitungen in England und Frankreich getadelt, vor allem die verfechtete Annexion des Saargebets. Daß wir Frankreich für die Zerstörungen seiner Kohlenbergwerke auf Jahre hinaus Ersatz schulden, braucht hier nicht weiter ausgeführt werden. Das hat die Friedensdelegation anerkannt. Übrigens hat schon vor dem Kriege Frankreich mehr als 80 Prozent der Kohlen des Saargebets gegen Bezahlung bezogen. Für den dauernden Weiterbezug müßte Deutschland jedenfalls eine unbedingte Garantie auch bezüglich der Preise geben. Dadurch hätte andererseits Deutschland das Recht in den 4 überwiegend polnischen Wahlkreisen Oberschlesiens (Beuthen, Kattowitz, Oppeln) mit ihren wertvollen Zink- und Kohlenlagern, die wir nach dem Selbstbestimmungsrecht an Polen werden abtreten müssen, ein ähnliches Abkommen zu verlangen. Daß ein solcher Ausgleich unvollkommen und mit Reibungen behaftet bleiben wird, bis sozialistische Staaten miteinander verhandeln, darf uns nicht abhalten. Ganz ähnlich liegen die Dinge in Nordlothingen, das Deutschland nach dem Selbstbestimmungsrecht verlieren und damit zwei Drittel der bisherigen Eisenerze einbüßen wird, und was ebenso wichtig, die in den Erzen enthaltenen, für die Landwirtschaft unentbehrlichen Phosphate. Auch hier kann nur ein friedliches Abkommen mit Frankreich helfen. Daselbe Problem bieten Bezirke, die an Belgien abgetreten werden sollen. — Für die Ernährung der deutschen Bevölkerung waren die fruchtbaren überwiegend polnischen Teile der ehemaligen Provinz Polen wesentliche. Wirtschaftliche Abmachungen, friedliche Verständigung mit dem neuen polnischen Staat müssen einen Ausgleich bringen. Hoffen wir, daß die Polen sich bemühen werden gegenüber der deutschen Minorität, die ihnen zufällt, eine verständigere Politik einzuschlagen, als das ehemalige Preußen gegen seine Polen. Am schmerzlosesten für Deutschland, und dazu trägt die Einsicht der wahrhaft demokratischen dänischen Regierung und des dänischen Volkes wesentlich bei, wird sich die Grenzänderung in Nordschleswig vollziehen. — Daß in allen von fremdsprachiger Bevölkerung bewohnten Gebieten die Mehrheit für Trennung von Deutschland stimmen wird, ist die Schuld der früheren Regierung und herrschenden Massen mit ihrer verkehrten Germanisierungspolitik und ihrer ideothen Machtanbetung in allen Schichten. Die Schweiz mit ihren vier Sprachen hätte eine Volksabstimmung über Trennung nicht zu scheuen. — Die schweren wirtschaftlichen Opfer, die uns ein Friede auch nach Wilsons 14 Punkten bringt, sieht der deutsche Politiker Duidde, einer der wenigen, die im Krieg für ihre patriotischen Ideale mutig eingetreten sind. Doch findet er als Demokrat keinen Ausweg und empfiehlt (Frankf. Ztg., 21. Mai Nr. 371) deshalb das Gewaltmittel, bei der Volksabstimmung für die Trennung von Deutschland eine qualifizierte Mehrheit, z. B. zwei Drittel, zu verlangen, also ein Mittel zugunsten von Deutschland, fast im Geiste des alten Imperialismus. Uns wird nichts anderes übrig bleiben, als in das Selbstbestimmungsrecht zu willigen und wirtschaftliche Verständigung mit den Nachbarstaaten zu suchen. Wo gegen das Selbstbestimmungsrecht im Vertrag schwer gefehlt wurde, ohne daß wirtschaftliche Notwendigkeiten vorliegen, so durch das Verlangen einer Abtretung von Bevölkerung, die in der Mehrheit deutsch ist, im westlichen Polen, westlichen Oberschlesien usw., an die Polen und von Memel an die Alliierten (doch ist nicht zu vergessen, daß der Wahlkreis Memel eine starke litauische Minderheit 7400 gegen 11 000 Stimmen 1912 aufweist), können und müssen wir die Hilfe Wilsons, der Internationale und der Linksdemokraten der Entente annehmen. Doch werden unsere Protestkundgebungen im Ausland mehr Eindruck machen, wenn sie statt allgemein von Schmach, Vergewaltigungsfrieden usw. zu reden, auf bestimmte Punkte hinweisen, und wenn die ehemaligen Annexionspolitiker sich nicht laut beteiligen würden.

Mit den militärischen Bedingungen, die unseren Militärs unerträglich erscheinen, sind charakteristischerweise die Franzosen am wenigsten zufrieden. General Berrand weist im „Pöuvre“ darauf hin, daß in 15—20 Jahren Technik und Wissenschaft solche Fortschritte gemacht haben werden, daß alle Bedingungen wie Schleifung der Festung, neutrale Zone von 50 Kilometer, Reduktion des Heeres auf 100 000 Mann wirkungslos sein können. Wir lesen heute in den Zeitungen, daß amerikanische Flugzeuge den Ozean überflogen haben, und man muß dann lächeln, wenn man an die noch vor einem Jahr in den deutschen öffentlichen Gebäuden und an den Schaufenstern ausgehängten bunten Bilder denkt, mit der Überschrift: „Warum muß Belgien deutsch bleiben?“ Nur wenn in Deutschland ein anderer Geist einzieht, als er jetzt noch bei den meisten Gebildeten herrscht, wird Frankreich sich sicher fühlen können. Hierzu ist die Unterstützung der französischen und englischen Demokratie nötig, und sie kann nur wirksam sein, wenn Deutschland nicht in eine Nebensache gedrängt wird, wie Frankreich seit 1870. Darin hat der N. St. allerdings Recht: Die unentbehrliche Voraussetzung für die Abrüstung von Europa ist die Abrüstung von Deutschland. Wenn aber der jetzige Entwurf zum Vertrag werden sollte, gilt, was der französische Deputierte Deneux sagt (Pöuvre, 13. Mai):

„Alle friedlich gestimmten Franzosen werden sorgenvoll bleiben; sie werden immer wieder die gebemühten Deutschen und die Kinder der Deutschen sehen; sie werden das gelehrte und doktrinaire Deutschland zähen, das keine Militärlast mehr zu tragen hat, das man von seinen Kolonien befreit hat, und das so in voller Ehrlichkeit gegen seine bewaffneten Nachbarn die These der vollkommenen Demokratie hochhalten kann. Sie werden Deutschland überbittert sehen, der Arbeit hingegeben, sich mit den Kräften des Kollektivismus (Sozialismus) organisierend, und sie werden sich mit Entsetzen fragen, welches ihr Schicksal und das von Europa sein wird.“

Die Abmachungen über die Kolonien besagen im wesentlichen, daß England und Frankreich die Kolonialländer der Erde unter sich aufteilen, halb Asien und ganz Afrika verwalten werden, ihre Intelligenz, Tatkraft, Militärmacht dort hauptsächlich verwenden müssen. Ein deutscher Nationalist müßte sich darüber freuen; denn das bedeutet für die industriell-technische Entwicklung dieser beiden nicht sehr bevölkerten Länder das Todesurteil und damit schließlich für ihre Nationen der Niedergang. Wir internationalen Sozialdemokraten wünschen das aber nicht.

Die ökonomischen Bestimmungen sehen am schlimmsten und drückendsten aus, und die Kontrollbestimmungen sind derart, daß ihre strikte Durchführung Deutschland in eine Entente-Kolonie verwandeln würde. Aber wir wissen schon aus dem Beispiel Indiens, daß man heute selbst ein kulturell merklich tieferstehendes Volk nicht absolutistisch regieren und aufpassen kann. Der „N. St.“ trifft den Kernpunkt: „Es ist unmöglich die einfache Gerechtigkeit des Wunsches anzugehen, daß Deutschland zahlen soll, aber es ist gleichermäßen unmöglich, die Weisheit eines Schemas zu billigen, wonach Deutschland während eines so langen Zeitraumes wie 30 Jahre zu zahlen habe. Für die nächsten zwei, drei Jahre aber werde, mag man auch noch so sehr wünschen Belgien rasch zu entschädigen und die nutzlosen Verwüstungen in Nordfrankreich wieder gutzumachen, an Stelle einer Zahlung von 20 Milliarden umgekehrt, wie Kautsky meint, Waren in diesem Betrag von den ehemaligen Feinden nach Deutschland eingeführt werden müssen; nur dann wird Deutschland später in der Lage sein, seine Schulden abzutragen.“ Einen schmerzlichen Fehler in der inneren und gleichzeitig der äußeren Politik hat die jetzige deutsche Regierung seit Dezember 1918 dadurch begangen, daß sie den reaktionären Offizieren in den Freiwilligenbataillonen und höheren Stäben erlaubte, allmählich ihre Macht zurückzugewinnen. Damit stärkte sie den Mut der reaktionären Presse. Das Ausland gewann dadurch den Eindruck, daß in Deutschland zwar die Fürsten gegangen sind, aber der Geist des Bürgerturns derselbe wie vor dem 9. November und an der Herrschaft geblieben ist. Zudem verbaute sich die Regierung dadurch die Möglichkeit — ich will nicht sagen die Schuldigen an dem Kriege, denn das wäre eine zu veroidete kaum lösbare Aufgabe —, aber die Schuldigen in dem Kriege zur Lebenshaft zu ziehen. — Wer in Versammlungen auf dem Land mit Bauern und in der Stadt mit Arbeitern gesprochen hat, weiß: In Deutschland urteilt das arbeitende Volk über die Forderungen, Forderungen, Zwangsmaßnahmen in den besetzten Gebieten geradezu streng und ist über die Gebildeten und Halbgebildeten, die das befehlen oder selbst taten, ebenso erbittert, wie unsere Feinde. Deshalb hätte man nicht warten dürfen, bis die feindlichen Staaten die Forderungen vor ihren Gerichten zur Verantwortung ziehen wollen.

Besondere Beachtung verdient ein kurzer Kommentar im „N. St.“ vom 17. Mai über die Frage: Wird Deutschland untergehen? „Wenn Deutschland die Unterzeichnung ablehnt, nach einigen kleineren Abänderungen, welche die Alliierten zulassen wollen, so wird es für Deutschland schlimmer werden. Das beweisen die ausschlaggebenden Vorbereitungen für eine Erneuerung der Blockade in schärfster Form. Es wird aber für uns besser sein; denn das beschleunigt die Formulierung neuer Friedensbedingungen, die wenigstens einen Anseh von Haltbarkeit in sich tragen. Auf der anderen Seite, wenn Deutschland gezeichnet, so tut es das mit dem geistigen Vorbehalt, wonach das ganze deutsche Volk einstimmig entschlossen ist bei der ersten und jeder anderen Gelegenheit den Friedensvertrag zurückzuweisen und abzuändern. Die Hauptfrage ist dann: Wird England — denn Amerika wird das sicher nicht tun — wiederum Krieg führen? und das unter allen Umständen, um auch die drückendsten Friedensbedingungen mit Gewalt durchzusetzen? Wir erklären mit völliger Sicherheit, daß wer solches für wahrscheinlich hält, England ganz und gar nicht kennt; denn das ist eine Frage, bei der der englische Arbeiter und der englische Millionär zusammen gehen werden. Und dieses Kennzeichen ist schließlich das entscheidende, das letzte Wort über den vorliegenden Friedensentwurf.“ — Deutlicher kann eine englische Zeitung Frankreich nicht abraten, auf den vorliegenden Bedingungen zu bestehen. Ähnlich urteilt die New Yorker „Nation“.

Die wirtschaftlichen Wirkungen der neuen Staatenbildung im ehemaligen Österreich, Rußland, auf dem Balkan und in Kleinasien lassen sich noch garnicht übersehen. Zur Innern der Staaten Mittel- und Westeuropas verändern sich die sozialen Grundlagen so rasch, daß selbst ein Friede, der jetzt alle Vertragsschließenden einigermaßen befriedigen würde, doch in wenigen Jahren abänderungsbedürftig wäre. Der Kernpunkt des Friedensvertrags ist also der Wählerbund und maßgebend für die Zukunft ist die Zusammensetzung und Arbeit seiner beschließenden Behörde, deren Aufgabe sein muß, alle entstehenden Spannungen rasch auszugleichen. Daran müßte sich ein internationales Parlament der Gewerkschaften und Arbeiterparteien reihen. Das allein werden diejenigen Bestimmungen des Friedens sein, die eine Wiederholung des Vergangenen verhüten und den Völkern eine ausreichende Entschädigung bieten können.

## Badische Uebersicht.

### Ueber den Sonn- und Feiertagsdienst der Beamten.

\* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Der Verein mittlerer badischer Verwaltungsbeamten hat in einer an das Ministerium des Innern gerichteten Eingabe darzüber Klage geführt, daß die oberen Beamten öfters nicht rechtzeitig zum Sonntagsdienst erscheinen, wodurch die übrigen zum Dienst bestimmten Beamten ungebührlich lange im Dienst zurückgehalten würden, ferner daß den Beamten an Sonn- und Feiertagen oft die Erledigung von Arbeiten zugunsten werde, die recht wohl auf den folgenden Werktag verschoben werden könne. Der Verein geht von der Ansicht aus, daß an Sonn- und Feiertagen nur Geschäftsvorführung der in den letzten 24 Stunden verhafteten Personen erledigt werden sollten, im übrigen sich die Erledigung von Arbeiten auf dringliche unaufschiebbare Geschäfte zu beschränken hätte. Das Ministerium pflichtet dieser Ansicht bei und hat Vorseorge getroffen, daß auf die vorgetragenen Wünsche Rücksicht genommen wird.

### Vertretungsbehörde der tschecho-slowakischen Republik.

\* Man schreibt uns von zuständiger Seite: Bei dem früheren österreichisch-ungarischen Konsulat in Frankfurt a. M. ist eine eigene Tschecho-Slovakische Abteilung mit dem amtlichen Titel „Vertretungsbehörde der Tschecho-Slovakischen Republik“ eingerichtet worden, welche bis zur Errichtung eigener Konsularämter der Tschecho-Slovakischen Republik die Unterstützungs- und Rahmangelegenheiten der Angehörigen der genannten Republik übernimmt. Zur Zuständigkeit dieser Vertretungsbehörde gehört auch Baden.

### Minister Dietrich in Köln.

\* Nach einer Sabasmeldung sind der badische Minister des Innern Dietrich und die Sekretäre Ebert und Rüdiger am 25. Mai von Paris abgereist, um sich nach Köln zu begeben.

### Die Abänderungen des Schulgesetzes.

oc. Der Verfassungsausschuß des Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Abänderungen des Schulgesetzes, die durch die neuen Verfassungsbestimmungen notwendig geworden sind. Ein Vertreter des Kultusministeriums legte die in Betracht kommenden Verhältnisse dar. Zunächst handelt es sich darum, daß nach der neuen Verfassung die Frau dem Manne prinzipiell gleichberechtigt ist und daher alle Bestimmungen fallen müssen, die für die Lehrerin gegenüber dem Lehrer eine Ausnahmegesetzgebung bedeuten. Der Ausschuß war einstimmig der Ansicht, daß der § 33 des Schulgesetzes, wonach eine Lehrerin nicht erste Lehrerin an gemischten Schulen werden soll oder an Schulen mit nur einer Lehrerstelle nicht benannt werden dürfen, durch die

Praxis gelöst werden können. Besonders Augenmerk widmete der Verfassungsausschuß der Frage der verheirateten Lehrerinnen. Es handelt sich da vor allem um den § 121 des Beamtengesetzes, nach welchem die Anstellung einer Lehrerin im Falle ihrer Verheiratung widerruflich ist. Bei der Aussprache kam es im Ausschuß zu scharf widersprechenden Meinungen. Die Mehrzahl der Ausschußmitglieder kam zu der Ansicht, daß der § 121 des Beamtengesetzes mit der neuen Verfassung nicht im Widerspruch steht.

### Die badischen Gemeindevahlen.

\* Fast in ganzen Lande haben sich auch am 2. Wahlfesttag die Wahlen zu den Gemeindevertretungen nur unter verhältnismäßig schwacher Beteiligung vollzogen. In Heidelberg wurden 24 Sozialdemokraten, 23 Demokraten, 18 Anhänger des Zentrums, 12 Mitglieder der Deutschen Liberalen Volkspartei, 13 der Vereinigten bürgerlichen Gruppen (Deutschnationale und Freideutsche Bürgerpartei), 4 Unabhängige Sozialdemokraten, 2 der Gruppe für freie Interessen gewählt. In Schwetzingen erhielten die Unabhängigen 8, das Zentrum 12, die Sozialdemokraten 19, die Evangelische Bürgervereinigung 10 und die Freibürgerliche Vereinigung 3, die Demokraten 8 Vertreter. In Bruchsal entfielen auf die Demokraten 20, auf das Zentrum 41, auf die Sozialdemokraten 17, auf die Unabhängigen 3 und auf die Deutschnationalen 3 Vertreter. In Freiburg wurden gewählt: 42 Zentrum, 25 Sozialdemokraten, 12 Demokraten, 5 Deutschnationale, 8 Mittelstandsgruppen, 4 Deutscherliberale, in Bretten 18 Demokraten, 18 Deutschnationale, 18 Sozialdemokraten und 7 Zentrum, in Singen a. S. 11 Demokraten, 23 Zentrum, 22 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, in Aherlingen 17 Demokraten, 32 Zentrum, 11 Sozialdemokraten, in Radolfzell 28 Zentrum, 17 Sozialdemokraten, 15 Demokraten, in Engen 20 Zentrum, 8 Demokraten, 8 Sozialdemokraten, in Konstanz 17 Demokraten, 12 Sozialdemokraten, 12 Unabhängige, 35 Zentrum, 3 Deutschnationale, in Offenburg 15 Demokraten, 40 ganz und gar nicht kennt; denn das ist eine Frage, bei der der englische Arbeiter und der englische Millionär zusammen gehen werden. Und dieses Kennzeichen ist schließlich das entscheidende, das letzte Wort über den vorliegenden Friedensentwurf.“ — Deutlicher kann eine englische Zeitung Frankreich nicht abraten, auf den vorliegenden Bedingungen zu bestehen. Ähnlich urteilt die New Yorker „Nation“.

### Die Beamtenkammer für Baden.

\* Nach dem „Volksfreund“ tagte vor kurzem in Karlsruhe eine Versammlung der sozialistischen Beamten und Lehrer Badens zur Besprechung der Richtlinien für die zu errichtende Beamtenkammer. Die Versammlung einigte sich auf Richtlinien, in denen der Gesamtvorstand des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine nicht als vorläufige Beamtenkammer anerkannt wird. Es wird die Wahl von Hauptauschüssen verlangt, die ihre Sitz bei den Ministerien haben. Die Wahl soll so vorgenommen werden, daß auf je 300 Beamte und Lehrer ein Vertreter entfällt, so daß bei 35 000 Beamten und Lehrern die Anzahl der Mitglieder der gesamten Hauptauschüsse etwa 120 Köpfe beträgt. Die Wahlen sollen nach dem System der Verhältniswahl erfolgen. Stämmliche Hauptauschüsse sollen die Beamtenkammer bilden. Die Hauptauschüsse haben die Aufgabe, alle die Gesamtbeamten- und Lehrerschaft betreffenden allgemeinen Fragen vor der Vorlage an die Beamtenkammer auszuarbeiten. Die Beamtenkammer hat mitzuentcheiden: in Fragen, die die gesamte Beamten- und Lehrerschaft betreffen, in anderen Beamtenfragen, die zwar nicht die gesamte Beamten- und Lehrerschaft betreffen, sondern nur ein Teil betreffen, für deren Erledigung aber die Regierung nicht allein zuständig ist, sondern der Mitwirkung der Volkskammer bedarf.

## Badischer Kunstgewerbeverein e. V.

Den Mitgliedern unseres Vereins bringen wir aufs tiefste erschüttert zur Kenntnis, dass

# Geheimer Hofrat Karl Hoffacker

gestern nachmittag unerwartet rasch verschieden ist.

Wir betrauern in ihm den langjährigen 1. Vorsitzenden unseres Vereins, sein Ehrenmitglied, und werden sein Andenken stets in Ehren bewahren.

Die Beisetzungsfeier findet am Donnerstag, 1/2 12 Uhr, in der Friedhofkapelle statt, hiernach Einäscherung.

Die Mitglieder sind zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.

Karlsruhe, den 27. Mai 1919.

Der Vorstand.

### Festhalle.

Mittwoch, den 28. Mai, abends 8 Uhr  
**Volkstümliches Sinfonie-Konzert**  
der Kapelle des Badischen Landestheaters.  
Eintrittspreise: 2.—, 1.50 und 1.— M.  
1. Konzert für Violine und Violoncell mit Orchester  
von Brahms, Violine: Herr Reischer, Violoncell:  
Herr Traubetter.  
2. Dritte Sinfonie (Crotica) von Beethoven.

## Goldaten! Freiw. Landesjägerskorps

Meldet Euch b. den  
Werbestellen des  
Landesjägerskorps  
in Heidelberg, Göttestr. 10,  
Worzhelm, Marktplatz 3,  
Donauersheim, Gasthaus z. Bären.  
Dort erhaltet Ihr Fahrtausweis nach dem Sennelager, Euer Fahrgeld zu den Werbestellen sowie zum Sennelager wird Euch zurückbezahlt, wenn ihr d. Fahrkarten in der Annahmestelle Sennelager vorzeigt.  
Viele haben sich schon gemeldet. Eingestellt werden Unteroffiziere und Mannschaften aller Waffen, die im Felde waren. Ferner Ungeübte, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1,60 groß, 80 cm Brustumfang haben. Fahrtausweise werden auf Wunsch vom Sennelager Paderborn ausgefandt. 6480  
Landesjägerskorps, Sennelager Paderborn.

## Wohnungsnot — Hilfe und Ausweg!

# Wohnungsnot und Heimstättenwesen

Von  
**Dr. Hans Kampffmeyer**  
Badischer Landeswohnungsrat

(Schriften zur Wohnungsfrage, herausgegeben vom Badischen und Württemberg. Landeswohnungsverein, Heft 6).

Preis 90 Pf.

Verlag der G. Braunschen  
Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Soeben erscheint:

## Die Arbeitslosen-Zürsorge

Zusammenstellung u. Erläuterung  
der diesbezüglichen gesetzlichen Verordnungen vom 13. November 1918  
bis 15. April 1919

von **G. Leppert**  
Verwalter am Arbeitsamt  
Stillingen.

Preis 70 Pf.

Die Reichsverordnung vom 13. November 1918 ist seit einer Reihe einschneidender Veränderungen unterzogen worden, so daß ihre ursprüngliche Form als wesentlich verändert erscheint. Durch diesen Umstand, wie auch überhaupt, herrscht in den an dieser Verordnung interessierten Kreisen sowohl, wie auch nicht zuletzt bei einer Reihe von Fürsorgestellen selbst, mehr oder weniger Unklarheit über die diesbezüglichen Bestimmungen. Um diesem Mischstande zu steuern, ist hier ein zusammenhängendes Bild der für die Praxis wichtigsten Punkte gegeben, deren Kenntnis sowohl den Fürsorgestellen wie dem Arbeitslosen vonnöten ist.

Verlag der G. Braunschen  
Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

## Altertümer.

Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen  
**Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233.** Tel. 1154

Für meine Leihanstalt  
suche ich  
**Flügel u. Pianinos**  
zu kaufen,  
und erbitte Angebote.  
**Ludwig Schweisgut**  
Karlsruhe,  
Erbrunnenstraße 1.

### Altbahn.

Vom 1. Juni 1919 ab  
wird der Ausnahmetarif 4  
erweitert. Nähere Auskunft  
erteilt die Station Hirsch-  
bach.  
Karlsruhe, 26. Mai 1919.  
Bad. Lokal-Eisenbahnen u. G.

## Magirus, Ewald & Lieb

G. m. b. H. Feuerwehrräte-Fabriken

• • Ulm a. D. 21 •

empfehlen sich zur Lieferung von  
**Ausrüstungsgegenständen u. Geräten**



Um beim Übergang in die Friedenswirtschaft Entlassungen von Arbeitern u. Hilfskräften nach Möglichkeit zu begegnen, bitten wir, uns namentlich Aufträge auf  
**mechan. Leitern**  
baldmöglichst zukommen zu lassen.

## Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- u. Pflanzstofffabrikation vorm. G. Sinner Karlsruhe-Grünwinkel

4 Proz. Obligations-Anleihe von 1896.

Bei der am 18. März 1919 vor dem Notariat IV, Karlsruhe stattgefundenen Auslosung wurden gezogen:

80 Obligationen Lit. A zu M. 1000.—  
17, 35, 79, 101, 153, 167, 222, 243, 275, 282, 290, 349, 386, 392, 398, 417, 443, 449, 486, 511, 530, 532, 547, 550, 562, 589, 605, 611, 635, 664, 688, 696, 697, 745, 768, 772, 779, 790, 811, 818, 831, 839, 843, 855, 916, 945, 964, 980, 987, 1001, 1005, 1017, 1106, 1114, 1139, 1208, 1259, 1268, 1277, 1281, 1314, 1358, 1363, 1390, 1394, 1397, 1401, 1420, 1431, 1449, 1452, 1468, 1518, 1532, 1540, 1545, 1560, 1562, 1571, 1591

40 Obligationen Lit. B zu M. 500.—  
29, 37, 42, 45, 51, 106, 133, 203, 205, 212, 220, 245, 254, 259, 260, 290, 373, 383, 404, 405, 427, 434, 437, 439, 473, 492, 579, 636, 662, 663, 687, 698, 701, 724, 734, 761, 768, 771, 780, 782.

Die gezogenen Obligationen gelangen am 1. September d. J. zur Rückzahlung:  
bei den Herren Strass & Co. in Karlsruhe,  
bei der Rheinischen Creditbank in Karlsruhe und Mannheim,  
bei der Süddeutschen Diskontogesellschaft A. G. in Mannheim,  
bei der Gesellschaftskasse in Karlsruhe-Grünwinkel.  
Nichtständig sind von den Auslosungen:  
a. Per 1. September 1917 Lit. A 927;  
b. Per 1. September 1918 Lit. A 925, 935;  
Per 1. September 1918 Lit. B 740.  
Karlsruhe-Grünwinkel, den 26. Mai 1919.

Die Direktion.

## 4% Schuldverschreibung vom Jahre 1911 der Oberrheinischen Eisenbahn-Gesellschaft, A. G. Mannheim.

Bei der am 26. Mai 1919 durch das Badische Notariat IV in Mannheim stattgefundenen Verlosung für das Jahr 1919 unserer 4%igen Schuldverschreibung vom Jahre 1911 sind folgende Stücke zur Heimzahlung am 1. September 1919 gezogen worden:  
M. 26000.— Lit. A zu M. 2000.— Nr. 54, 101, 111, 154, 167, 692, 719, 727, 740, 742, 853, 959, 1188, 2086, 2706, 3352, 3525, 3565, 3701, 3948, 4016, 4183, 4265, 4701, 5510, 6623, 6637, 6677, 6697, 6883, 7036, 7074, 7093, 7094, 7097, 7229, 7362, 7455, 7466.  
M. 11000.— Lit. C zu M. 500.— Nr. 7580, 7892, 7941, 8058, 8331, 9062, 9175, 9619, 10016, 10152, 10212, 10221, 10380, 10537, 10843, 10969, 11096, 11318, 11420, 11426, 11444, 11491.  
Die Heimzahlung dieser Schuldverschreibungen erfolgt ab 1. September 1919 zum Nennwert gegen Auslieferung der Stücke nebst nicht verfallener Zinscheine und Erneuerungsscheine durch die Gesellschaftskasse in Mannheim, sowie durch die auf der Rückseite der Zinscheine angegebenen Banken.  
Nichtständig zur Heimzahlung sind folgende Stücke:  
Am 1. September 1917:  
Lit. A Nr. 502, 584. Lit. B Nr. 4992.  
Am 1. September 1918:  
Lit. A Nr. 36, 496, 589, 783, 1420, 2493,  
Lit. B Nr. 2718, 3349, 3495, 3955, 5337,  
Lit. C Nr. 7963, 8482, 9581, 10187, 10318.  
Mannheim, den 26. Mai 1919.  
Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft Akt.-Ges.  
W. Kern.

### Cigarren, Stumpfen etc.

von Hausmachern, Fabrikanten und ersten Händlern  
**zu kaufen gesucht.** Erbitte gefl. Bemusterung und bin jederzeit Käufer größerer und kleinerer Posten gegen sofortige Cassé. Angebote sind zu richten an Cigarrenhandlung  
**A. William Müller, Chemnitz, Theaterstr. 19.**

### Tapeten

Reichhaltige Auswahl.  
**H. DURAND**  
Douglasstraße 26, Telefon 2435. Bei der Hauptpost. Übernahme von Tapetenarbeiten. Musterkollektion steht zu Diensten.

### Bürgerl. Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.

M. 422.2.2. Waldshut. Die  
Schreiber **Wilhelm Kiefer**  
Ehefrau **Berta geb. Zopf** in  
Waldshut, vertreten durch  
Rechtsanwalt **Schmitt** in  
Lörrach, klagt gegen ihren  
genannten Ehemann, früher  
zu Maulburg, jetzt an un-  
bekanntem Orte, auf Grund  
der §§ 1568, 1353 B. G. B.,  
mit dem Antrage auf  
Scheidung der zwischen den  
Streitenden zu Maulburg  
am 16. April 1910 ge-  
schlossenen Ehe aus Ver-  
schulden des Beklagten,  
und fernerlich mit dem  
Antrage auf Herstellung  
der häuslichen Gemeinschaft

unter Kostenfolge für den  
Beklagten. Die Klägerin  
ladet den Beklagten zur  
mündlichen Verhandlung  
des Rechtsstreits vor die  
zweite Zivilkammer des  
bad. Landgerichts zu Wald-  
shut auf Freitag, den 19. Sep-  
tember 1919, vormittags 9 Uhr,  
mit der Aufforderung, einen  
bei dem gedachten Gerichte  
zugelassenen Anwalt zu  
bestellen.  
Waldshut, 23. Mai 1919.  
Gerichtsschreiber des bad.  
Landgerichts.

M. 448. Mannheim. Das  
Konkursverfahren über das  
Vermögen des Kaufmanns  
**Samuel Geuer** in Mannheim  
wird, nach rechtskräftiger  
Bestätigung des Zwangs-  
vergleichs, aufgehoben. Ter-  
min zur Abnahme der  
Schlußrechnung des Ver-  
walters wird bestimmt auf:  
Mittwoch, den 18. Juni 1919,  
vormittags 11 Uhr.  
Mannheim, 21. Mai 1919  
Amtsgericht 2 4

Aufgebot.  
M. 398.2 Bruchsal. Die  
Schneider **Karl Friedrich**  
**Schaller** Ehefrau, **Selena**  
geb. **Schneider** in Bruch-  
sal, hat den Antrag ge-  
stellt, ihren am 9. März  
1867 in Baden-Baden ge-  
borenen Ehemann im Be-  
trage des Aufgebotsverfah-  
rens für tot zu erklären,  
da seit Ostermontag 1906  
vermisst ist.  
Der Verschollene wird  
aufgefordert, sich spä-  
testens in dem auf  
Montag, 22. Dezbr. 1919,  
vormittags 11 Uhr,  
im Amtsgerichtsgebäude  
Zimmer 11 hier bestimm-  
ten Aufgebotsstermin zu  
melden, widrigenfalls die  
Todeserklärung erfolgen  
werde.

Es ergeht zugleich die  
Aufforderung an alle, wel-  
che Auskunft über Leben  
oder Tod des Verschollenen  
zu erteilen vermögen, spä-  
testens im Aufgebotsster-  
min dem Gericht Anzeige  
zu machen.  
Bruchsal, 10. Mai 1919.  
Amtsgericht.

Aufgebot.  
M. 399.2 Engen. Der  
Landwirt **Georg Wehmer**  
in Watterdingen hat als  
Abwesendheitspfleger bean-  
tragt, den verschollenen  
**Eduard Jaf** von Watter-  
dingen, geboren d. 27. August  
1860, zuletzt wohndhaft in  
Watterdingen, für tot zu  
erklären.  
Der bezichtigte Verschol-  
lene wird aufgefordert, sich  
spätestens in dem auf  
Montag, 22. Dezbr. 1919,  
vormittags 9 Uhr,  
vor dem unterzeichneten  
Gericht anberaumten Auf-  
gebotsstermin zu melden,  
widrigenfalls die Todes-  
erklärung erfolgen wird.  
An alle, welche Auskunft  
über Leben oder Tod des  
Verschollenen zu erteilen  
vermögen, ergeht die Auf-  
forderung, spätestens im  
Aufgebotsstermin dem Ge-  
richt Anzeige zu machen.  
Engen, 9. Mai 1919.  
Der Gerichtsschreiber des  
bad. Amtsgerichts.

## Verfälschene Bekanntmachungen.

offiziell zu verkaufen:  
A. Betriebsmaterialien:  
Abfallabfälle, Weibwaren-  
abfälle, Gummiabfälle  
mit Drahteinlagen, Abfall-  
öl, Trockenelemente, Glas-  
flaschen, Glascherben,  
Glühkörperreste u. a.  
B. Metallwaren: Weich-  
metallspäne und -stücke von  
Zn und Einheitsmetall.  
Rückstände von Schmelz-  
öfen, Feuerbüchsen, Kupfer-  
späne, Nickelspäne, Nickel-  
werkstoffabfälle und  
-späne u. a. m.  
Angebotsbogen gegen  
Einsendung von 60 Pf. in  
Briefmarken bei uns er-  
hältlich und spätestens bis  
Mittwoch, den 11. Juni  
1919, nachmittags 3 Uhr,  
bei uns einzureichen. Zu-  
schlagsfrist 3 Wochen.  
Karlsruhe, 15. Mai 1919.  
Rechnungsbureau der Ge-  
neraldirektion der Staats-  
eisenbahnen.